



Klimavolksbegehren mit Appell an den Umweltausschuss: Hört auf die Wissenschaft und handelt jetzt!

Expertenhearing im heutigen Umweltausschuss unterstreicht dringenden Handlungsbedarf für verbindliche CO₂-Reduktionspfade und Recht auf Klimaschutz

(Wien, 16. Dezember 2020)

Mit der heutigen Sitzung hat der Umweltausschuss die Verhandlungen zum Klimavolksbegehren (KVB) aufgenommen. Gleich zu Beginn des Hearings wies Klimaministerin Leonore Gewessler auf die Dringlichkeit hin und betonte, dass Scheitern im Kampf gegen die Klimakrise keine Option sei. Die VertreterInnen des Klimavolksbegehrens fordern von den Abgeordneten im Umweltausschuss für Anfang 2021 einen starken überparteilichen Beschluss, der ein Recht auf Klimaschutz in der Verfassung verankert und sicherstellt, dass Österreich bis 2040 klimaneutral wird.

Wissenschaft findet deutliche Worte

Die geladenen KlimaexpertInnen vermittelten eine deutliche Botschaft an die Abgeordneten: Aus wissenschaftlicher Sicht sei klar, dass die Ziele, die im Pariser Klimaabkommen beschlossen wurden, eingehalten werden müssen. Die Politik müsse jetzt Verantwortung übernehmen und einen klaren Reduktionspfad mit Zwischenzielen festlegen, und damit auch Betrieben sowie der Bevölkerung Planungssicherheit geben. Das Österreichische Umweltrecht hinke dem europäischen Niveau meilenweit hinterher, so Staats- und Verwaltungsrechtler Assoz. Prof. Daniel Ennöckl. Auch die Gesetze müssen deshalb dringend angepasst werden und zwar so, dass wichtige Grundrechte wie Klimaschutz nicht mehr durch eine einfache Mehrheit im Parlament zurückgedrängt werden können, unterstrich der Politikwissenschaftler Prof. Ulrich Brand. Insgesamt wurden neun namhafte WissenschaftlerInnen angehört, darunter Prof. Dr. Gottfried Kirchengast, Geophysiker und Leiter des Wegener Centers der Universität Graz, Prof. Dr. Sigrid Stagl, Wirtschaftswissenschaftlerin und Vorstand des Departments für Sozioökonomie an der WU Wien und Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher, Direktor des Instituts für Höhere Studien.

Beschluss zur Klimaneutralität muss Anfang 2021 stehen

“Die Lösungen der Klimakrise liegen mit dem Klimavolksbegehren auf dem Tisch. Jetzt müssen die Abgeordneten beweisen, dass sie die Menschen in Österreich und die Klimakrise ernst nehmen und die Chance ergreifen, ernsthafte Klimapolitik zu machen. Wir fordern einen breiten Schulterschluss über Parteigrenzen hinweg, denn von der Klimakrise sind alle BürgerInnen betroffen und die Zeit drängt”, forderte Katharina Rogenhofer, Sprecherin des Klimavolksbegehrens. Vor Beginn der Sitzung empfingen rund 20 AktivistInnen des Klimavolksbegehrens die Abgeordneten mit einem 100 Meter langen Banner, auf dem Kinder Ihre Unterstützung für das Volksbegehren festgehalten haben, um an die Verantwortung der PolitikerInnen für diese und kommende Generationen zu erinnern. Die VertreterInnen des



Klimavolksbegehren begrüßen, dass sich Lukas Hammer (Grüne), Leiter des Umweltausschusses, in der heutigen Sitzung zu einem Mehrparteiantrag zum Klimavolksbegehren bekannt hat.

Unternehmen fordern Richtungsentscheidung

Die bisherigen Versäumnisse der österreichischen Politik bei der Einhaltung der CO₂-Reduktionsziele zeigen, dass ein zuverlässiger rechtlicher Rahmen und eine verbindliche Begrenzung des CO₂-Ausstoßes in Österreich dringend notwendig sind. Neben den klaren Empfehlungen der Wissenschaft hatten sich heuer im Juni bereits mehr als 200 österreichische Unternehmen in einem offenen [Brief](#) für das Klimavolksbegehren ausgesprochen und die österreichische Regierung zu einer mutigen Klimapolitik aufgefordert.

Die zweite Sitzung des Umweltausschusses zum Klimavolksbegehren findet am 13. Jänner 2021 statt und wird wieder im Live-Stream übertragen.

Bild- und Videomaterial: <https://klimavolksbegehren.at/presse-bilder/>

Weitere Presseaussendungen: <https://klimavolksbegehren.at/presse/>

Zum Klimavolksbegehren:

Der dringliche Ruf nach einer langfristigen Klimapolitik ist unüberhörbar! Mehr als 380.590 Menschen haben das Klimavolksbegehren unterzeichnet. Mit den zahlreichen Unterschriften muss unser Anliegen nun im Nationalrat behandelt werden. Mit über 1000 Freiwilligen wird sich das Klimavolksbegehren dafür einsetzen, dass Klimaschutzpolitik nicht nur eine Sammlung von vereinzelt Ankündigungen bleibt, sondern endlich in die Umsetzung kommt! Die Nationalratssitzung wird zeigen wie ernst Klimaschutz der Politik ist!

Mehr dazu finden Sie auf unserer Website: klimavolksbegehren.at

Pressekontakt:

Mag. Kathrin Resinger, MA
Klimavolksbegehren | Leitung Team Presse
+43 (0) 677 63 751 340
presse@klimavolksbegehren.at